

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 27 (1952)
Heft: 6

Artikel: Einige interessante wohnungsstatistische Angaben
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-102383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bevölkerungszunahme und Wohnungsnot in Biel

Nach dem Bulletin des Statistischen Amtes der Stadt Biel hält die Zunahme der Bevölkerungszahl immer noch an. Im Monat März stieg sie um 211 und erreichte am Stichtag 50 337. 620 Personen oder beinahe das Doppelte der durchschnittlichen Monatszahlen für den März in den Jahren 1942 und 1951 sind im Monat März 1952 zugewandert; dagegen haben 375 Schweizer und 65 Ausländer die Stadt Biel verlassen. Den Hauptanziehungspunkt bildet immer noch die gute Wirtschaftslage in Industrie, Gewerbe und Handel. Als erfreuliche Tatsache darf festgestellt werden, daß der Lebenskostenindex einmal unverändert geblieben ist. Die Arbeitslosigkeit ist gleich Null.

Auf der anderen Seite bleibt die Wohnungsnot der Stadt

Biel akut. 70 Mieter haben den Mieterschutz angerufen, weil ihnen gekündigt wurde und sie auf den Umzugstermin, den 1. Mai, keine neue Wohnung finden konnten; davon mußten 60 Gesuche gutgeheißen werden, weil die betreffenden Familien sonst obdachlos gewesen wären. Und das alles, obwohl neue Wohnblöcke entstehen und neue Wohnungen beziehbar werden. Das Problem bleibt brennend, weil der Nachholbedarf an neuen Wohnungen noch lange nicht gedeckt ist und weil die Zuwanderung ein bisher unbekanntes Ausmaß angenommen hat. Das Wohnungsproblem wird die verantwortlichen Behörden noch so lange beschäftigen, als die Hochkonjunktur in der Wirtschaft anhält.

«Schweizer Baublatt»

Einige interessante wohnungsstatistische Angaben

Der Arbeitsausschuß für Wohnungsfragen bei der UNO hat folgende Statistik veröffentlicht: Auf Grund einer Zählung der Wohnungseinheiten vor und nach dem Zweiten Weltkrieg waren

in	vorhanden	bei Kriegsende zerstört	d. s. %
Österreich	2 009 000	175 000	8,7
Niederlande	2 088 000	143 000	8,7
Frankreich	13 300 000	1 012 000	7,6
Großbritannien	13 144 000	851 000	6,5
Italien	10 645 000	524 000	4,9
Deutschland	18 325 000	4 050 000	22,1

Auf Grund der Volkszählung vom 3. Juni 1951 wurde festgestellt, daß in Österreich an diesem Stichtag insgesamt 891 529 Wohnhäuser mit 2 222 671 Haushaltungen und mit 6 918 959 Bewohnern vorhanden waren.

Die Zahl der in die Klasse I eingereichten Wohnungssuchenden in Wien betrug Ende 1951 laut Mitteilung in der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates vom Dezember 1951 33 927. Sie ist damit gegenüber dem Jahre 1950 um 1341 Notstandsfälle gestiegen, trotzdem während des Jahres 1951 12 397 Wohnungen durch das Wohnungsamt zugewiesen werden konnten.

Unter den in der Klasse I vorgemerkten Wohnungswerbern in Wien gab es Ende des Jahres 1951 11 659 Notstandsfälle, das sind um 2030 mehr als Ende 1950. Diese

Notstandsfälle setzten sich zusammen aus 228 wegen Einsturzgefahr Gefährdeten, 3657 Obdachlosen, 7444 von Obdachlosigkeit Bedrohten und 330 schwer gesundheitlich Gefährdeten.

Die Zahl der in die Klasse II eingereichten Wiener Wohnungssuchenden ist Ende 1951 von 17 383 auf 20 129 gestiegen.

Im Jahre 1951 konnte das Wohnungsamt die zehntausendste Einweisung in eine Gemeindewohnung vornehmen.

Im Laufe des Jahres 1951 wurden 5292 Gemeindewohnungen für 17 613 Personen, 775 Altgemeindewohnungen für 1500 Personen und 6330 Privatwohnungen für 16 863 Personen vom Wiener Wohnungsamt zugewiesen. Insgesamt sind daher in diesem Jahr die obenerwähnten 12 397 Wohnungen an 35 976 Personen zugewiesen worden.

Das Wiener Wohnbauprogramm für 1952 umfaßt 5225 Wohnungen, die auf alle Wiener Bezirke verteilt sein werden. Zusammen mit dem Kleinwohnbauprogramm wird die Gemeinde Wien im heurigen Jahr rund 9000 neue Wohnungen erbauen.

Die mit Aufgaben des Arbeiter- und Werkwohnungsbaues befaßten gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen haben, wie auf einer Tagung derselben am 6. März dieses Jahres mitgeteilt wurde, in den Jahren 1949 bis 1951 rund 4000 Arbeiterwohnungen in Österreich erbaut. Für diese Bauten wurden Darlehen aus dem Marshall-Fonds in Höhe von rund 120 Millionen Schilling gewährt.

Das belgische Mietenexperiment

In weiser Voraussicht der gefährlichen Entwicklung, zu der eine absolut freie Preisgestaltung führen könnte, beantragt der Bundesrat, es sei durch einen Verfassungszusatz die Möglichkeit der Fortführung der Preiskontrolle während der nächsten fünf Jahre zu gewährleisten. Kaum ausgesprochen, sind die Unternehmerkreise unseres Landes bereits mit Feuer und Kanonen gegen dieses Vorhaben aufgefahren und haben ihm den schärfsten Kampf angesagt.

Dieselben Leute behaupten bekanntlich, daß das Wohnungsproblem bald gelöst und die Wohnungsnot beseitigt wäre, wenn nur erst die behördlichen Einschränkungen aufgehoben würden und man die Mietpreise frei «auspendeln» lassen würde. Wo das Pendel jedoch halten würde, ist eine andere Frage. Es besteht kein Zweifel, daß eine starke Erhöhung der Mietzinse und eine Verschärfung der Teuerung

die Folgen wären, und daraus müßten sich wieder unwünschbare Rückwirkungen auf die übrigen Wirtschaftssektoren ergeben. Das Wohnungsproblem als solches würde weiterhin kritisch bleiben, sich für die breite Masse der Mieterschaft sogar verschärfen, weil die Zahl der Wohnungen mit erschwerten Mietpreisen noch mehr verkleinert würde.

Ein praktisches Beispiel dafür gibt Belgien. In diesem Land unterliegt die Mietpreisgestaltung keiner behördlichen Einschränkung, und der Hausbesitzer kann frei schalten und walten. Die Miete ist ein Marktpreis wie jeder andere und regelt sich nach Angebot und Nachfrage.

Als Ergebnis dieser freien Mieten kosten, auf Schweizer Franken umgerechnet, in Brüssel Dreizimmerwohnungen mit Küche und Bad in Altbauten zwischen 150 und 250 Franken und in Neubauten etwa 240 bis 350 Franken. Eine Zwei-